GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Bericht aus Vorstand und Beirat der DVPW

Abels, Gabriele

2007

https://doi.org/10.25595/3113

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abels, Gabriele: *Bericht aus Vorstand und Beirat der DVPW*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 16 (2007) Nr: 2, 139–140. DOI: https://doi.org/10.25595/3113.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Bericht aus Vorstand und Beirat der DVPW

GABRIELE ABELS

Im Mittelpunkt der Sitzung von Vorstand und Beirat der DVPW im April 2007 in Hannover standen die Präzisierung des im Dezember 2006 beschlossenen Arbeitsprogramms sowie die Umsetzung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung von Münster. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf Fragen der Veränderung der Bedingungen von Forschung und Lehre im Zuge des Bologna-Prozesses gelegt. Verschiedene Aspekte waren zwischenzeitlich in den Fachausschüssen und Arbeitsausschüssen (Task Forces) diskutiert worden. Die Task Force „Forschung" etwa will in der laufenden Amtszeit eine Bestandsaufnahme von drittmittelgebenden Institutionen sowie der Ressortforschung versuchen. Hierbei ist gleichstellungspolitisch von Interesse, inwiefern Kriterien der Frauenförderung und des Gender Mainstreaming in die Förderpolitiken von drittmittelgebenden Institutionen tatsächlich Eingang gefunden haben. Auf der für Ende 2008 geplanten sog. Drei-Länder-Tagung, gemeint ist eine gemeinsame Tagung der DVPW mit der österreichischen sowie schweizerischen Schwestergesellschaft, soll das Thema Bologna-Prozess[1], speziell die Umstrukturierung der Graduiertenausbildung, auf einer Abendveranstaltung im Mittelpunkt stehen. Dass hiervon gleichstellungspolitische Fragen betroffen sind, liegt auf der Hand, insofern der Anteil von Promovendinnen zwar steigt, aber immer noch unter dem der männlichen Doktoranden liegt. Ferner gibt es Hinweise, dass Frauen andere Betreuungserwartungen und Bedürfnisse haben als männliche Kollegen, was die Integration in die wissenschaftliche Community betrifft, die durch eine Graduiertenausbildung verbessert werden soll.

Ebenso spielen gleichstellungspolitische Überlegungen in der besonderen Verknüpfung mit Fragen der Nachwuchsförderung für die Task Force „Nachwuchs" eine Rolle. Erwähnenswert ist hier der Vorschlag, den bestehenden Ethik-Kodex der DVPW um Aspekte zu ergänzen, die „nachwuchsrelevant" sind, um einer Ausbeutung des Nachwuchses Grenzen zu setzen. In diesem Zusammenhang sollen etwa für Stellenausschreibungen Empfehlungen erarbeitet werden, die auf die absehbaren Veränderungen in den Arbeitsanforderungen für den wissenschaftlichen Mittelbau reagieren. Denn es zeichnet sich der Trend ab, im Zusammenhang mit der Erhöhung der Studierendenzahlen und den Umstellungen auf konsekutive Studiengänge die Belastung mit Aufgaben der Lehre und Selbstverwaltung für den Nachwuchs zu erhöhen, was zwangsläufig auf Kosten der Zeiten für eigene Forschungs- und Qualifikationsarbeiten geht.

Vorstand und Beirat haben ferner beschlossen, zum einen den Antrag des StAFF zu unterstützen, dass die International Political Science Association (IPSA), in der die DVPW einer der großen Mitgliederverbände ist, eine Untersuchung zum Stand der Gleichstellung in den nationalen Vereinigungen durchführen möge. Denn immerhin sind in der IPSA 42 politikwissenschaftliche Vereinigungen organisiert. Zum anderen

trafen die Vorschläge des StAFF für eine methodische Weiterentwicklung des Gender Monitoring, welches 2006 erstmals durchgeführt wurde, auf Zustimmung (vgl. Bericht des StAFF in diesem Heft).
Ein wichtiger Diskussionspunkt auf der Sitzung war die Zukunft des e-learning-Projekts PolitikON. Nach dem Wegfall von Bundesmitteln als Folge der Föderalismusreform in der Bildungspolitik und den sehr schlechten Chancen, Landesmittel für die Finanzierung und den weiteren Ausbau einzuwerben, steht das Projekt insgesamt zur Disposition. Eine weitere Finanzierung ist über ein Modell von institutioneller Mitgliedschaft politikwissenschaftlicher Institute bei PolitikON angedacht. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist allerdings die Einführung eines Systems der Qualitätssicherung der Lerneinheiten, um das Portal gerade zur Nutzung im Rahmen der stärker standardisierten BA-Studiengänge attraktiv zu machen. Im Hinblick auf Geschlechterforschung ist PolitikON weitgehend eine Leerstelle. Der StAFF bemüht sich diesbezüglich weiter um Verbesserungen (s. Bericht in diesem Heft).
In Bezug auf die bereits verschiedentlich diskutierte organisatorische Ausdifferenzierung der DVPW in immer kleinere thematische Einheiten (AKs, ad-hoc-Gruppen) haben Vorstand und Beirat in Übereinstimmung mit den zu der Sitzung eingeladenen Sektionsvorständen beschlossen, Anreize zu schaffen, damit sich die Untergliederungen wieder stärker den Sektionen zuordnen und unter einem „Sektionsdach" versammeln. Allerdings ist dies nicht für alle Untergliederungen möglich. Dies trifft insbesondere auf diejenigen zu, die sich explizit mit Querschnittsthemen befassen wie etwa der Arbeitskreis „Politik und Geschlecht" (oder auch der AK Methoden).
Zu guter Letzt hat die DVPW inzwischen eine mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) abgestimmte KandidatInnenliste für die DFG-Fachkollegien eingereicht. Als Problem erweist sich, dass die DFG widersprüchliche Erwartungen äußert. Zum einen sollen die Fachgesellschaften wie die DVPW vermehrt Frauen und jüngere WissenschaftlerInnen nominieren, zugleich sollen die Nominierten über eine hohe Reputation verfügen und DFG-Projekterfahrung besitzen. Diese unterschiedlichen Erwartungen sind schwierig auszubalancieren. Die inzwischen bei der DFG eingereichte Liste ist geschlechterparitätisch besetzt. Bleibt zu hoffen, dass in Folge dessen tatsächlich auch Fachvertreterinnen in die Fachkollegien gewählt werden.

Anmerkungen

1 Der Bologna-Prozess hat zum Ziel, die Mobilität, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungsfähigkeit innerhalb der europäischen Universitäten zu fördern.